AUS DEN VERBÄNDEN

BLPR lehnt Vereinigung der bayerischen Pflege weiterhin ab

Der Bayerische Landespflegerat (BLPR) hat in seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Vereinigung der bayerischen Pflege erneut seine Ablehnung der vorgesehenen Interessenvertretung der professionellen Pflege zum Ausdruck gebracht. Gestützt wird die Stellungnahme durch ein vom BLPR beauftragtes Rechtsgutachten des Juristen und Heilberufekammer-Experten Prof. Dr. Heinrich Hanika.

Den wesentlichen Forderungen der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen komme der Gesetzentwurf nicht nach, was einer deutlichen Abwertung der gesellschaftlichen Relevanz der professionellen Pflege gleichkommt, heißt es seitens des BLPR. Zudem bekomme politisches Gewicht nur, wer mit den anderen Playern im Gesundheitswesen auf Augenhöhe agieren kann – dieses Ziel werde jedoch mit der geplanten Vereinigung nicht erreicht. Weiter werde ohne Pflichtmitgliedschaft für professionell Pflegenden eine demokratische Legitimation der Organisation von vornherein verhindert. Die Zulassung von Berufs-, Träger- und eventuell sogar Arbeitgeberverbänden als freiwillige Mitglieder öffne der Vertretung von Partikularinteressen die Tür und stehe im klaren Widerspruch zur Selbstverwaltung, vor allem aber zur vom Ministerium erklärten Absicht, der professionellen Pflege eine starke Stimme zu verleihen.

www.bayerischer-landespflegerat.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Claudia Dachs (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE – Das Pflegemagazin.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.heilberufe.de

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

Eine Kehrtwende für das Verständnis der Pflege

Wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff tatsächlich der Wegweiser für eine gute pflegerische Versorgung, wie es der Titel einer Fachtagung des Bundesgesundheitsministeriums am 31. August in Berlin versprochen hat? Am Ende der Tagung war klar: Es gibt noch viel zu tun!

Der Erfolg des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes steht und fällt mit der Lösung folgender Fragen:

- Welches Pflegeverständnis werden wir aufgrund des neuen Begriffes haben und gelingt es uns, dieses auch in unseren Köpfen umzusetzen?
- Welche Leistungen gehen mit dem neuen Begriff einher und wie werden diese definiert?
- Wird es genügend und zugleich ausreichend qualifiziertes Personal für die Umsetzung des neuen Begriffes geben?

Thomas Meißner, Präsidiumsmitglied des DPR, betonte auf der Tagung, dass man der Öffentlichkeit nicht vermitteln dürfe, dass mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff in der Pflege „alles gut“ werde.

Anpassungszeit erwartet

„Wir stehen vor einem Dilemma“, sagte Meißner: „Aufgrund der mangelnden personellen Ressourcen werden wir nicht alle gewünschten Leistungen bereits zum 1.1.2017 erbringen können“. Er geht daher von einer Anpassungszeit an den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff von ein bis zwei Jahren aus.

Einhergehend mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff wird es neue Leistungen zum Erhalt und zur Stärkung der Selbstständigkeit der Pflegebedürftigen geben müssen. Dies bei Gleichrangigkeit von körperbezogenen Pflegemaßnahmen und den Maßnahmen der weiteren Pflege und Betreuung. Das führt, beginnend mit der Abkehr von der einseitigen

Verrichtungsorientierung, zu einem umfassenderen Verständnis von Pflege, als wir es heute kennen – zusammen mit einem anderen Bild von Pflegebedürftigkeit.

Neue Fachlichkeit ist gefragt

Einig war man sich auf der Fachtagung des Bundesgesundheitsministeriums auch, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff zu einer Rückbesinnung auf die Fachlichkeit der professionell Pflegenden führt, weg von der Defizitorientierung und hin zur Ressourcenorientierung. Zusammen mit dem geforderten neuen Pflegeverständnis ergibt sich daraus ein hoher Aus-, Fort- und Weiterbildungsbedarf der heutigen professionell Pflegenden. Jedoch auch die Personal- und Organisationsentwicklung der Einrichtungen muss sich konsequent am neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff ausrichten.

Mehr als im stationären Bereich werde sich die ambulante Pflege konzeptionell und personell anpassen müssen, erwartet Thomas Meißner. Nach wie vor müsse dabei die Frage des stark erweiterten Leistungsumfanges des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes und seine Abgrenzung beispielsweise zum SGB XII geklärt werden. Für den Erfolg des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs im stationären Bereich wird vor allem die Frage nach der künftigen quantitativen und qualitativen Personalausstattung entscheidend sein. Realistische Antworten darauf gibt es bislang noch nicht flächendeckend. (sc)